

Fünf Thesen zur Ukraine-Krise

Die Ukraine-Krise ist die Kulmination einer Phase kleiner, aber stetig zunehmender Konflikte in den Beziehungen Russland - Westen.

Der Westen zeigt sich seit Putins Aufstieg 1999 immer unzufriedener mit der autoritären Entwicklung im Innern und den neoimperialistischen Tendenzen in der Außenpolitik Russlands. Deshalb verschärfte er in den letzten Jahren den politischen Druck auf Moskau, zur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, freien Marktwirtschaft und liberalen Werten zurückzukehren. Der Westen akzeptiert nicht Russlands Ziel einer nationalen Großmachtwerdung in Europa, denn dies untergräbt die existierende europäische Friedensordnung. Die Annexion der Krim sieht der Westen als Bruch des internationalen Völkerrechts an – Russland sei zu einer revisionistischen Macht mutiert.

Russland erinnert den Westen daran, dass es von Anfang gegen die Einkreisungspolitik opponiert hatte. Im russischen Gedächtnis hat sich eingepreßt, dass der Westen, nachdem er Moskau versprochen hatte, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, seine neue Einflussosphäre in Europa auf Kosten Russlands geschaffen habe. In Russland wird die ständige Bevormundung des Westens in Sachen Demokratie und Menschenrechte als gegen Russland gerichtete Ideologie und versteckte Interessenspolitik mit dem Ziel der weiteren Schwächung und Isolation Russlands angesehen. Russland sieht sich als Hauptverfechter der Idee einer multinationalen Weltordnung; diese Politik hat missionarischen Charakter angenommen.

Die „Frontlinie“ zwischen Russland und dem Westen in Sachen Interessen und Werten wurde in den Reden Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz (2007) und dem NATO-Gipfel in Bukarest (2008) markiert. Russland stellte klar, dass eine Aufnahme der Ukraine zur NATO für Russland ein kriegerischer Akt sei. Umgekehrt betonte der Westen, dass er eine Angliederung der Ukraine an die Zollunion oder Eurasische Union nicht akzeptieren werde.

Im Westen wird unterschätzt, dass in den letzten 20 Jahren der Unmut innerhalb der Bevölkerung über den Verlust der einstigen Bedeutung des Landes nicht abgenommen, sondern sogar zugenommen hat. Der Westen betrachtet Putin als seinen Gegner, in Wirklichkeit existiert in Russland ein konservativer Mainstream. Russland hat sich eine neue nationale Idee gegeben – russkij mir (russische Welt). Die russische Welt ist ein eigenes Zivilisationsprojekt, aufgebaut auf slawophilem und eurasischem Denken des 19. Jahrhunderts, als Russlands Imperium auf dem Höhepunkt war.

Ein Verlust der Schwarzmeerflotte auf der Krim im Zuge der Februarrevolution 2014, hätte aus russischer Sicht die nächste nationale Katastrophe nach dem Zerfall der Sowjetunion bedeutet. Insider aus Russland berichten, Putin sei, nachdem er beim Gipfeltreffen in der Normandie Kompromissbereitschaft gegenüber westlichen Interessen gezeigt und die direkte Unterstützung für die Separatisten in der Ostukraine gestoppt hat, unter innenpolitischen Druck geraten. Eine Aufgabe der Ostukraine könnte sogar einen Ansehens-, Autoritäts- und Machtverlust nach sich ziehen.

Die Ukraine-Krise weist Parallelen zur Kuba-Krise 1962 auf. Sie ist schwerer zu lösen, weil sie aus fünf verschiedenen Komponenten besteht.

Russlands Annexion (Sezession) der Krim und stille Unterstützung der Separatisten in Ostukraine

Als Antwort auf den westlichen „Staatsstreich“ gegen Präsident Janukowitsch, richtet sich Russlands Politik auf der Krim und in der Ostukraine gegen westliche Versuche, die Ukraine in die westliche Sicherheitssphäre zu integrieren. Moskau will auch den vermeintlichen westlichen Export der „orangenen Revolution“ nach Russland stoppen. Der Westen sieht Russlands derzeitige Handlungen in der Ukraine als aggressiven Akt und versuchten Landraub, die nicht unbeantwortet werden können.

Drohender Wirtschaftskollaps der Ukraine

Ein Staatszerfall der Ukraine als Folge einer kollabierenden Wirtschaft würde die Beziehungen Russland – Westen vor noch größere Herausforderungen stellen. Ein Stabilitätspakt für die Ukraine kann nur über Kooperation des Westens zusammen mit Russland entstehen. Diese Logik wird heute weder in Russland noch im Westen gesehen, stattdessen wird der Weg über Sanktionsdrohungen gegangen. Die Ukraine betreibt jeweils 30% seines Außenhandels mit der EU und mit Russland. Eine EU-Assoziierung wird der Ukraine den Marktzugang nach Russland versperren mit desaströsen Folgen für die Wirtschaft der Ostukraine haben. Daher ist ein westliches Ultimatum und Sanktionsdrohungen gegenüber Russland kontraproduktiv, denn als Antwort darauf wird Russland die Ukraine wirtschaftlich erdrücken.

Dritter Gaskonflikt nach 2006 und 2009: EU Energieversorgungssicherheit betroffen

Der Konflikt wird verschärft durch offene Pipelinekriege. Die USA, die EU und die Ukraine wollen die South-Stream-Pipeline unterbinden. Gleichzeitig versucht Russland die Ukraine durch Preisschrauben gefügig machen. Der Westen will die Ukraine als Haupttransitland von Gas nach Europa erhalten, um seinen Hebel auf die russische Energiemacht zu haben. Russland versucht, gegen die Interessen des Westens, sein Transitmonopol zu stärken, die EU hält dagegen mit dem Aufbau eines Konsumentenkartells, das sich hauptsächlich gegen Gazprom richtet.

Verschärfter Werte- und Weltanschauungskonflikt Westen – Russland

Russland sieht seine nationale Identität als anti-europäisch. Russland sei das „andere“ und „moralisch bessere“ Europa. Die Duma erlässt pausenlos Gesetze gegen liberale westliche Werte, dadurch wird die Entfremdung zum Westen größer. Ein „Wettstreit“ zweier ideologischer Systeme ist möglich. Im Kalten Krieg hat das kommunistische Russland gegen den liberalen Westen verloren. Der neue Gegensatz könnte liberal-postmoderner Westen versus national-traditionalistisches Russland sein.

Geopolitischer Konflikt USA – Russland über die Ukraine

Die USA sind seit 1991 schrittweise aus Europa herausgegangen und hatten sich nach Asien und Mittleren Osten umorientiert, sich auf die

Eindämmung Chinas und Iraks konzentriert. Jetzt ist die NATO militärisch wieder gestärkt in Mittel- und Osteuropa und die Eindämmungspolitik richtet sich ausschließlich gegen Russland, damit es keine neuen eigenen Einflusssphären schafft. Dieser geopolitische Streit um Vorherrschaft und Einflusssphären wird über die Ukraine ausgefochten.

Zusammengefasst, befinden sich Russland und der Westen verkehrt in drei wesentlichen Auseinandersetzungen: einer sicherheitspolitischen über die europäische Sicherheitsordnung, einer zivilisatorischen über die gesellschaftspolitische Denke Europas und einer energiepolitischen. Keiner der Konflikte ist schnell lösbar, im Gegenteil – ein Kompromiss ist nicht in Sicht, weder Russland, noch die USA, als auch die EU oder die neue Regierung in der Ukraine wollen eigene Interessen aufgeben, jede Seite glaubt gewinnen zu können, der Westen über seine Sanktionspolitik, Russland über die Energie-Abhängigkeiten.

Für die künftige europäische Sicherheitsarchitektur nach der Krise gibt es zwei Optionen: Europa ohne/gegen Russland, oder Europa mit Russland.

Wenn aus westlicher Sicht Russland eine revisionistische Macht wird, dann droht ein neuer Kalter Krieg. Der Westen wird aufrüsten, um Russlands Nationalismus einzudämmen, es folgt eine Militarisierung Mittel- und Osteuropas und – als russische Antwort – Kaliningrads. Damit würde Europa eine neue zivilisatorische Mauer erhalten, es würde eine Energie-NATO entstehen, die EU würde sich ganz auf die TTIP konzentrieren (u.a. um sich vor Russland zu schützen), die Idee einer Freihandelszone mit Russland würde auf Eis gelegt, Russland für

Jahrzehnte nach Asien verdrängt werden. Russland würde den Westen als Modernisierungspartner verlieren.

Wenn alle Konfliktparteien sich die eigenen Fehler eingestehen, folgt unter jeweils eigener Gesichtswahrung eine Suche nach einem „Deal“ für den Frieden in der Ukraine, somit auch eine Rückbesinnung auf Kooperation, Aufbau neuer Institutionen für Vertrauen (Wiederbelebung der OSZE). Möglich ist dann eine Wiederbelebung und Erweiterung des Meseberg-Prozesses, verbunden mit einer intensiven Suche nach Lösungsmöglichkeiten für bestehende territoriale Konflikte in der Ukraine, Transnistrien, Südkaukasus durch individuelle Föderalisierungsmodelle (Ideen dazu gab es genug: Kozak-Plan für Moldowa, Abchasien-Plan von Steinmeier etc.). Im Zuge einer Interessensannäherung werden über die Wirtschaftsschienen Zeichen des Vertrauens gesetzt und eine Reanimation der Modernisierungspartnerschaft EU - Russland betrieben. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang die Bildung einer hochrangigen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der Vision des gemeinsamen Raumes Lissabon – Wladiwostok, parallel dazu eine institutionelle Annäherung zwischen EU und der Eurasischen Union.

(4) Schritte zur Entspannungspolitik

Seitens der Ukraine: Der demokratisch legitimierte Präsident Poroschenko hat große Handlungsmöglichkeiten, er hat einen Friedensplan vorgeschlagen, die Dezentralisierung der Ukraine muss vorangetrieben werden, der Umbau des politischen und wirtschaftlichen Systems kann Lage in der Ukraine stabilisieren. Die Ukraine sollte für den Gastransit ein trilaterales Konsortium mit Einbindung Russlands angehen und nicht gegen Gazprom kämpfen.

Seitens Russlands: Putin muss im ständigen Dialog mit Poroschenko bleiben; Russland hat vermutlich verstanden, dass die Ostukraine nicht dem Sezessionsmodell Krim folgt. Russland hat die pro-russische Stimmung in der Ostukraine überschätzt und die Orientierung der jungen Mittelschicht nach Westen unterschätzt. Russland muss eine militärische Unterstützung der Separatisten somit beenden. Trotz des Assoziierungsabkommen EU – Ukraine sollte Russland in die Lage versetzt werden, mit den ostukrainischen Industriegebieten eine Wirtschaftskooperation fortzusetzen, diejenigen Projekte, die mit Janukowitsch geplant waren, sollen umgesetzt werden. Im Rahmen einer Föderalisierung der Ukraine wäre dies möglich. Russland muss der Ukraine einen fairen Gaspreis anbieten und sich (im Stillen) mit der Ukraine über eine Kompensation für die Annexion der Krim einigen.

Seitens der EU: Das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine muss konkrete Hilfestellung (Finanzen) beinhalten; das Bewusstsein muss gestärkt werden, dass für Ukraine keine „Entweder-oder-Lösung“ besteht. Die EU muss sich selbst um einen Ausgleich mit Russland in der Ukraine-Frage bemühen. Eine Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Russland und EU (alternativ: EU – Eurasische Union) würde zur Entspannung führen und die Möglichkeit eröffnen, zusammen über ein geeintes Europa nachzudenken. Russland wird früher oder später von eigenem Antrieb aus westliche Normen einführen, um seine eigene Wirtschaft zu modernisieren. Die EU kann wiederum auf den russischen Wachstumsmarkt nicht verzichten. Ein kritischer Dialog mit dem konservativen Mainstream in Russland ist unverzichtbar, er soll die bestehende „Demokratieerziehung“ ersetzen.

Seitens der USA: Zweifellos ist die Weltordnung multipolar geworden, die USA können keinen Mehrfrontenkrieg gegen Russland und gleichzeitig gegen den islamischen Extremismus im Irak führen.

Washington braucht die Einsicht, dass Konfliktlösungen im Mittelern und Nahen Osten (Afghanistan, Irak, Iran, Syrien) nur mit und nicht gegen Russland möglich sind. Die USA haben den stärksten Einfluss auf die neue Regierung in Kiew, nur sie können die Ukraine auf die Erfüllung der abgeschlossenen Vereinbarungen drängen.

Deutschlands Rolle zwischen Führung im Westen und Vermittlung im Osten

Deutschland Außenpolitik, mit 40jähriger Erfahrung der Nützlichkeit der Ostpolitik (die keine Anbiederungspolitik war), wäre prädestiniert für eine Mittlerrolle im neuen Ost-West-Konflikt. Das Dilemma besteht darin, dass andere EU-Länder von Deutschland fordern, Berlin solle nicht mehr Anwalt zwischen den Seiten, sondern, nachdem es seine Führungs- und Managementfähigkeiten in der Finanzkrise bewiesen hat, neben den USA die transatlantische Führungsrolle in der neuen Auseinandersetzung mit Russland spielen. Die Deutsche Bevölkerung fürchtet sich, aus historischen Gründen, hineingerissen zu werden in die vorderste Front eines neuen Kalten Krieges mit Russland.

Deutschlands Wirtschaft wird nicht umhin kommen, in dem Konflikt eine ähnliche Rolle wie die westdeutschen Industriellen in 60er Jahren gegenüber der UdSSR zu spielen. Wichtig ist es, die richtigen Partner auf der russischen Seite zu identifizieren (mögliche Partner sind Primakov, Kudrin, Mordaschow).

Dr. Alexander Rahr

2. Juli 2014